
SOZIALPARTNERSCHAFTS- LITERATUR IN DER KRISE

Peter Gerlich – Edgar Grande –
Wolfgang C. Müller (Hsg.):
Sozialpartnerschaft in der Krise –
Leistungen und Grenzen des
Neokorporatismus in Österreich,
Wien, Köln, Graz, Böhlau-Verlag 1985,
408 S., Preis S 386,–

Zum Thema Sozialpartnerschaft sind in den letzten Jahren bereits einige größere Werke erschienen. Das Buch „Sozialpartnerschaft in der Krise“ rundet mit seiner Betonung des politischen und sozialen Umfeldes der österreichischen Verbändeoperation in wertvoller Weise ein Thema ab, das auch von den Herausgebern als bereits „overritten“ einbekannt wird.

Nach einer Einleitung, die der Literaturübersicht zum Thema „Neokorporatismus“ gewidmet ist und mit der Zwischenüberschrift „die schönen Tage sind vorbei“ den schelmisch-doppelsinnigen Buchtitel paraphrasiert, bietet das Werk vier Hauptabschnitte und eine Schlußbetrachtung.

Im Hauptabschnitt „Voraussetzungen und Entwicklung“ schreiben Friedrich Fürstenberg über die soziokulturellen Aspekte der Sozialpartnerschaft und Emmerich Tálos über ihre historische Entwicklung. Fürstenbergs Artikel mutet etwas klischeehaft an, manche Äußerungen scheinen auch empirisch nur schwach fundiert (z. B. „je älter ein Spitzenpolitiker wird, desto fester scharft sich seine Wahlgemeinde um ihn“, S. 33). Wesentlich überzeugender ist der sorgfältig gearbeitete Beitrag von Tálos. Er verfolgt die historischen Ansätze zur Sozialpartnerschaft vom paritätischen

Industriekomitee zu Ende des Ersten Weltkrieges und der Wirtschaftskonferenz von 1930 über die Einflüsse des autoritären Korporatismus (Ablehnung des Klassenkampfes, Konzentrationstendenzen auf Einheitsdachverbände) zu den Lohn- und Preisabkommen nach 1945, dem „Wirtschaftsdirektorium“ und schließlich zur Gründung der paritätischen Kommission und zum Raab-Olah-Abkommen.

Der Hauptabschnitt „Sozialpartnerschaft und Politik“ wird von einem interessanten internationalen Überblicksartikel Gerhard Lehmbruchs eingeleitet, der vor allem auf Parallelen und Divergenzen zu anderen „korporatismusverdächtigen“ Ländern wie Schweden, die BRD und (zeitweilig) die Niederlande eingeht. In der Folge erörtert Peter Gerlich die Beziehungen von Sozialpartnerschaft und Regierungssystem, im wesentlichen in der Art einer vertieften Literaturübersicht. Den stetigen Rückgang der Verbandsfunktionäre in der Regierung (von 1956 33 Prozent auf 1983 19 Prozent, S. 118) könne man laut Gerlich „wenn man will, als Indikator einer Tendenz der Abkoppelung interpretieren“. Die Frage ist: soll man wollen? Immerhin ist der Anteil der Verbandsfunktionäre im Parlament im Gegensatz zu jenen in der Regierung säkular steigend (S. 121). „Fast könnte man meinen, daß der Nationalrat schon auf evolutionärem Wege zu jenem Ständerat geworden ist, den die Verfassungsnovelle 1929 als später nicht realisiertes Programm vorsah“ (S. 122). Aber eben nur fast. Nebst der in der letzten Zeit schon sprichwörtlichen Einsicht, daß die Dinge kompliziert sind, vermittelt Gerlichs Artikel interessante empirische Details. Als Kernstück des Buches – auch vom Volumen her – ist Wolfgang Müllers umfangreiche Studie über die Rolle der Parteien in der Sozialpartnerschaft anzusehen. In origineller und undoktrinärer Weise vermittelt diese ideenreiche Arbeit eine Fülle von Anregungen. Müller geht davon aus, daß

handelnde Individuen und Eliten (Aktoren) in verschiedenen Arenen tätig werden (innerverbandliche, innerparteiliche Arenen, Arenen des Parteiensystems und des Verbändesystems). Innerhalb der Arenen unterscheidet Müller noch drei Typen von Schauplätzen („Szenen“ – ein im Deutschen etwas unglücklicher Begriff): die Szene der Geheimverhandlungen, die Szene der Öffentlichkeit und jene des Wahlkampfes. Die Art, wie Müller verschiedene Diskussionsthemen (Issues) auf ihrem Weg durch verschiedene „Arenen“ und „Szenen“ verfolgt, ist das eigentlich Interessante an seiner Arbeit. Die konkrete, empirisch recherchierte Analyse von Entscheidungsabläufen, wie er sie an Beispielen aus dem Sozialrecht, aber etwa auch der Energiepolitik vornimmt, erscheint dem Rezensenten jedenfalls als weit interessanteres Thema als alle abstrakten Diskussionen über den Korporatismusbegriff. Müller hat auch Herzhaftes zur Verbände- und Parteiengeschichte der Zweiten Republik beizutragen. Störend ist nur seine zuweilen etwas angestrenzte „Wissenschaftlichkeit“ der Diktion. Sätze wie: „Es ist zu erwarten, daß Aktoren ‚standard operating procedures‘ für Issues gleichen Typs entwickeln“ (S. 151) hat er eigentlich nicht notwendig.

Edgar Grandes Beitrag nimmt sich der Sanktionsmöglichkeiten innerhalb der österreichischen Sozialpartnerschaft an. Seine Terminologie „Herrschaftsstrukturen freizulegen“ und „Gewaltformen entsprechend ihrem Gewaltcharakter hierarchisch zu ordnen“ mutet ein wenig zu brachial an, vor allem wenn es danach um so selten angewandte „Ruten im Fenster“ wie um die Sanktionsmöglichkeiten nach dem Preisgesetz geht. Grande gibt aber einen brauchbaren Überblick über das österreichische Arbeitsrecht.

Der Hauptabschnitt „Sozialpartnerschaft und Wirtschaft“ wird von einem ökonometrisch fundierten makroökonomischen Systemvergleich von Wolf-

gang Blaas und Alois Guger eröffnet, der die Bedeutung der Sozialpartnerschaft für die Einkommenspolitik hervorhebt. „Während die Monetaristen und orthodoxen Keynesianer im Inflationsprozeß ein technisches Problem der Geldmengensteuerung sehen“, sehen Blaas und Guger unter Berufung auf Joan Robinson die Preisentwicklung von den „industrial relations“ dominiert. Und hier zeigt sich die hochzentralisierte, gesamtwirtschaftlich orientierte österreichische Gewerkschaftsbewegung von ihrer besten Seite.

Wolfgang Fach und Gerd Gierszewskis Artikel: „Vom sanften zum strengen Korporatismus“ ist wesentlich lockerer und journalistischer gehalten als der zuvor erwähnte. Allerdings auch oberflächlicher. Es ist z. B. kein Zufall, daß sie zum Thema Austrokeynesianismus gerade Herbert Ostleitners in der Literatur eher isolierte, normativ-programmatische Fassung des Begriffes herausgreifen (ein mainstream-Austrokeynesianer meinte einmal dazu, Ostleiter komme ihm vor wie einer, der ein Schnitzel unbedingt als Gulasch bezeichnen wolle). Fach und Gierszewski konstatieren übrigens einen Weg von Austrokeynesianismus in die „Austro-Austerität“ in der „selbst unsinkbare Schiffe“ aus dem verstaatlichten Bereich von ihrem Eigner aufgegeben worden seien (S. 288 – die Frage wäre allerdings welche). Auch daß „nach einer österreichischen Wende“ ein rigoroser Korporatismus den Lohnabhängigen die Generalforderung „Flexibilität“ stellen wird („Job sharing, Teilzeitbeschäftigung, Heimarbeit“, S. 291) ist bislang nicht mehr als ein Wunschtraum mancher Unternehmervertreter. Aber Fach und Gierszewski heben dafür den Schleier: „die korporatistische Tiefenstruktur kennt ein kontinuierlich geltendes Prinzip: Das Primat des kapitalistischen Profits“. Dem lockeren Entlarvungsgestus folgt wieder ein fachökonomischer Artikel von Georg Winckler, der sich wundert, daß

alle Sozialpartner ganz unkeynesianisch die Stabilisierungskrise von 1952 bejahten. Winckler erörtert daneben die ökonomische Effizienz der sozialpartnerschaftlichen Preis- und Lohnkontrollen und stellt fest, daß beim Konjunktureinbruch 1975 vor allem die automatischen Stabilisatoren antizyklisch bedeutsam wurden. Abschließend nimmt Winckler zum Problem sozialpartnerschaftlicher bzw. lokalpolitischer Interventionen für gefährdete Betriebe und deren potentiell strukturkonservierende Wirkung Stellung.

Ewald Nowotny schließt den ökonomischen Hauptteil mit Betrachtungen zur Finanzpolitik ab. Er verbindet in erfrischender Weise seine fundierte Kenntnis der politischen Institutionen Österreichs mit theoretischen Überlegungen. So verweist er auf die technische Angewiesenheit der Parlamentarier auf die Budgetexperten „befreundeter“ Verbände, auf die Sonderrolle der finanzministeriellen Bürokratie und auf die Arbeitsunfähigkeit der 174köpfigen Steuerreformkommission (S. 325). Nowotny kommt, wie übrigens auch Müller zum Schluß, daß eine „tendenzielle Verlagerung vom machtabilen, geschlossenen Bereich der Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft zum labileren, exponierten Bereich der Parteipolitik“ stattfindet (S. 328).

Der abschließende Hauptabschnitt ist den Darstellungen der Sozialpart-

nerschaftspraktiker Chaloupek und Farnleitner gewidmet. Chaloupek vertritt die mainstream-Variante des Austrokeynesianismus mit besonderer Betonung seiner beschäftigungssichernden Wirkung, hebt – wie Winckler – die Gefahren einer überzogenen Strukturhaltungspolitik hervor und plädiert für einen verstärkten industriellen Strukturwandel und den präventiven Einsatz der Arbeitszeitverkürzung zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes. Ähnlich Müller legt er Wert auf die Rolle des Entkoppelungsprozesses auf der bürgerlichen Seite durch die Reduzierung der Zahl der Selbständigen und Bauern. Farnleitners kurzer Beitrag postuliert, daß die Sozialpartnerschaft „keine Schönwettereinrichtung“ sei und diese – „in einer Art Abwehrreaktion gegen neue ‚grüne‘ Gruppierungen innerhalb und außerhalb der Parteienlandschaft“ sogar enger zusammengedrückt sei (S. 350).

Peter Gerlichs Schlußbetrachtung betont ebenfalls die „enorme Stabilität der sozialpartnerschaftlichen Strukturen“ (S. 365), schließt aber einen „entscheidenden Bruch der Entwicklung“ unter einem dramatisch verstärkten Druck der „Wirtschaftskrise, der Herausforderung durch alternative Bewegungen, von internationalen Veränderungen oder von der zunehmenden Überlastung des Staatshaushaltes“ nicht aus.

Robert Schediwy